



Sparpaket des Berner Regierungsrats

Weitreichende Konsequenzen für das Gesundheitswesen

BE: Im Sommer war in den Medien zu lesen, dass der Berner Regierungsrat für das Budget 2018 verschiedene Entlastungsmassnahmen zuhanden des Grossen Rates verabschiedet hat. Gegen das Sparpaket wehrt sich ein breites Komitee von Gewerkschaften, Personal- und Berufsverbänden sowie weiteren Organisationen im Kanton Bern – so auch der SBK Bern.

Der Regierungsrat schlägt ein Abbaupaket in der Höhe von bis zu 185 Millionen Franken jährlich vor. Vorgesehen sind über 150 Massnahmen. Der geplante Abbau von kantonalen Leistungen trifft zahlreiche Bereiche: Die Spitex, die Heime und Spitäler, die Psychiatriever-sorgung, die Sozialhilfe, die Behinderten, die Gesundheitsförderung und Suchthilfe, die Rettungsdienste, geplante Schullektionen, die Hochschulen, die Denkmalpflege, die Schülertransporte, die Berufsbildung, die Brückenangebote zwischen Schule und Lehre, die Beiträge an Jugend + Sport-Kurse und Kinder- und Jugendprojekte, das Jugendparlament, den öffentlichen Verkehr etc.



Die Kürzungen werden viele Einwohnerinnen und Einwohner des Kantons spüren. Wichtige Leistungen werden gestrichen oder reduziert. In den Institutionen bedroht der Abbau die Qualität der Dienstleistungen, die Arbeitsbedingungen geraten unter Druck.

Dieses Sparpaket wird wesentlich durch die geplante Senkung der Gewinnsteuer für Unternehmen verursacht: durch diese entfallen dem Kanton jährlich Steuereinnahmen von über 100 Millionen Franken. Der Grosse Rat wird über die vorgeschlagenen Entlastungsmassnahmen in der Novembersession beraten.



Mit einer **Kundgebung am 11. September 2017** um 16.45 Uhr auf dem Berner Münsterplatz startet das Komitee «STOPP Abbau» seine Aktionen. Details zu den Entlastungsmassnahmen und die Infos zur Kundgebung finden Sie unter www.sbk-be.ch/stoppabbau.